Kritik an dem Aufruf „Mut zu Verzicht“ und Anregung zur Diskussion

Der Aufruf „Mut zum Verzicht“ greift leider zu kurz. Der Rat hat sich mit allen kritisierten Großprojekten in der Vergangenheit beschäftigt und ist zu eben jenem Ergebnis gekommen, das heute zu recht in der Kritik steht: „Bauen, koste es, was es wolle!“
Wer ein Überdenken der bisherigen Entscheidungen fordert, kommt um eine eigene qualifizierte Kritik an den Einzelvorhaben nicht herum. Eine solche fehlt in dem Aufruf oder als Präambel. Und sie als Ergebnis einer Ratsdiskussion zu erwarten, ist unrealistisch. Der Rat ist weder ein Ort sonderlicher Intellektualität noch antizipatorischen Denkens und Handelns. Man muss also schon selbst „Input“ für die erwünschte Debatte liefern, statt Verbesserungen allein von Appellen zu erwarten. Erfolgt dieser Input nicht, wird die Debatte, wie es sich derzeit ankündigt, weiter in den üblichen Schablonen verlaufen, also: Kultur gegen Soziales, Bau- und Unterhaltskosten gegen unbewiesene Einnahmeversprechen, moralische Verpflichtung zum Bau gegen moralische Verpflichtung zur Sanierung der Stadtfinanzen usw.

Zum weiteren Nachdenken zumindest vier knapp skizzierte Anregungen:

1) Es greift zu kurz, wenn suggeriert wird, mit dem Abschied von einigen Großprojekten sei eine Sanierung des Kölner Haushalts zu erreichen. Das kann bestenfalls Teil eines umfassenderen Ansatzes sein. Ein Einsparpotential in mehrstelliger Millionenhöhe wäre dagegen freizusetzen, wenn es gelänge, die Dysfunktionalitäten innerhalb der Verwaltung anzugehen. Dazu wären aber zumindest Antworten auf zwei Fragen zu suchen: I) Durch welche Maßnahmen lassen sich Organisation und Management in den verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung verbessern, um Kosten/Aufwand in diesen Leistungseinheiten zu verringern und/oder die internen Adressaten wirkungsvoller zu unterstützen – und diesen damit Einsparungen zu ermöglichen? II) Durch welche Maßnahmen lassen sich Organisation und Management in einnahmerelevanten Einheiten der Stadtverwaltung (Gebäudewirtschaft, Liegenschaftsamt, Stadtplanungsamt, Bauaufsichtsamt) verbessern, um die Einnahmen der Stadt dauerhaft zu erhöhen? Entlang solcher Leitfragen wären überzeugende Reorganisationsvorschläge und Optimierungskonzepte zu erarbeiten, die wiederum parteiübergreifende Akzeptanz und auch die Unterstützung der Stadtgesellschaft finden müssten.

2) In einer Art Reflex auf Einsparvorschläge seitens der Stadt wird eine künstliche Verteilungskampflinie zwischen sozialen und kulturellen Belangen behauptet. Den darauf aufbauenden Protesten der jeweiligen Interessengruppen haftet etwas merkwürdig Antiquiertes und auch Eigennütziges an. Sinnvoll wäre es (neben den Großprojekten), aus beiden Bereichen *alles* auf den Prüfstand zu stellen. Das beträfe zum Beispiel die Arbeit der Bürgerzentren, in denen sich Kulturelles wie Soziales mischt, ebenso, wie die Arbeit zahlreicher Projekte freier Träger aus dem Sozialbereich, aus dem Bereich der Integration und der Kultur. Denn nicht alle Aktivitäten, die als ethisch wertvoll und gesellschaftlich unentbehrlich behauptet werden, sind dies in ihrer praktischen Umsetzung auch wirklich. Dass sich dort in den vergangenen Jahrzehnten einiges an Wildwuchs und Pfründen entwickelt hat, was ohne jedwede Erfolgskontrolle stereotyp alimentiert wird, weiß eigentlich jeder. An dieser Erkenntnis ändern auch ritualisierte Proteste gegen Einsparvorschläge nichts.

3) Viel wichtiger als an veralteten Frontlinien (Kultur versus Soziales) festzuhalten, wäre es, die neuen Konfliktlinien einer Analyse und Bewertung zu unterziehen. Was bedeutet es beispielsweise, wenn der Landschaftsverband Rheinland bei der Finanzierung des geplanten Jüdischen Museums einsteigen möchte oder zum Einstieg gebeten wird? Hier sollen dauerhaft

Mittel für ein „Leuchtturmprojekt“ in einer Metropole gebunden werden, die ihrerseits zu einer eigenständigen Finanzierung unfähig ist. Darüber hinaus möchte der LVR auch die inhaltliche Konzeptionierung des Museums übernehmen, weil die Kommune dazu ebenfalls nicht in der Lage ist (der LVR bisher allerdings auch nicht). Das bedeutet konkret: Der LVR trägt maßgeblich dazu bei, das Umland – die „Provinz“ – auf Kosten der Metropolen finanziell auszutrocknen, denn zahlen müssen vor allem die noch ärmeren Kommunen dafür. Gleichzeitig wird die inhaltliche Ausgestaltung eigentlich bürgerschaftlicher Belange (Museumskonzept) weiter von den Bürgern und ihren direkten Vertretungen und Verwaltungen weggerückt und einem weitgehend intransparent arbeitenden Verband übertragen. (Das Muster ist bekannt: In der Eifel betreibt der LVR mit der massiven Förderung des NS-Ordensburg-Projektes eine ähnliche Politik zu Lasten ausgebluteter Eifel-Kommunen.) Möchte man das als Zukunftskonzept? Sollte man nicht über diesen alten, sich in neuer Form präsentierenden Verteilungskonflikt zwischen Stadt und Land, der sich in der Politik des LVR abzeichnet, nachdenken?

4) Wer gegen das Jüdische Museum ist, wird rasch unter den Verdacht des Antisemitismus gestellt. Wieso eigentlich? Der Bau eines isolierten jüdischen Museums bedeutet den bewussten Verzicht, jüdische Geschichte als integralen Bestandteil der Stadtgeschichte zu begreifen. Das aber heißt im Umkehrschluss: Die jüdische Geschichte Kölns gehört zuvorderst ins Stadtmuseum! Dort wird derzeit über eine Neukonzeptionierung der Dauerausstellung nachgedacht. Wieso kommt bislang kaum jemand auf die Idee, diese Neukonzeptionierung mit dem berechtigten Anliegen zu verknüpfen, die jüdische Geschichte Kölns dort besser als bislang zu präsentieren? Wieso meldet sich die neue Leitung des Stadtmuseums in der Angelegenheit nicht zu Wort? Wieso diese Diskussionstabus in Politik und Verwaltung? Die Erstellung eines eigenen jüdischen Museums würde bloß die unselige Tradition fortsetzen, jüdische Geschichte als (musealen) Sonderfall zu behandeln und betriebe in letzter Konsequenz nichts anderes als eine Fortsetzung der Ausgrenzung.

Frank Möller

Breibergstr. 2
50939 Köln
gip.moeller@netcologne.de
12.1.2013